

**Der Stadtvorstand beruft die
2. Tagung des Stadtparteitages für Mittwoch, den 08. Februar 2012,
ab 17:00 Uhr in den Kulturtreff Halle-Neustadt ein.**

Seite -2-

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

1. Ausgabe / 22. Jahrgang

Für Halle

17. Januar 2012

Blockieren ^{18.2.2012 DRESDEN} ist unser Recht!

Auch im Februar 2012 wollen die Neonazis den Jahrestag der Bombardierung Dresdens zum Anlass nehmen, die Geschichte zu verdrehen. Ihr Aufmarsch zielt erneut darauf ab, den Nationalsozialismus zu verharmlosen, und ist seit Jahren die wichtigste Großveranstaltung der rechten Szene. So kamen etwa 2009 mehr als 7000 Neonazis nach Dresden.

In den beiden folgenden Jahren gelang es einem breiten Bündnis aus Antifa-Gruppen, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Initiativen und auch der Partei DIE LINKE, den Aufmarsch mit Massenblockaden zu stoppen. Den Kriminalisierungsversuchen durch die sächsischen Behörden zum Trotz, blockierten allein 2011 bis zu 20 000 Menschen die neonazistischen Demonstrationsversuche.

Der Klüngel aus CDU-dominierte Landesregierung, Richtern, Staatsanwälten und leitenden Polizeibeamten, der sich in Sachsen seit mehr als 20 Jahren an der Macht hält, reagierte auf diese demokratische Selbstermächtigung wie gewohnt mit Verhaftungen und Anzeigen, bürgerrechtswidrigen Überwachungsmaßnahmen und Razzien. So gab es unter anderem im Parteihaus der Dresdner LINKEN und beim Jenaer Jugendpfarrer Lothar König Hausdurchsuchungen. Von vier Fraktionsvorsitzenden der LINKEN wurde bzw. wird die Immunität aufgehoben, um gegen sie zu ermitteln, weil sie im Jahr 2010 gemeinsam zu einer öffentlichen Fraktionssitzung aufgerufen haben. Dieser Ermittlungseifer steht in deutlichem Kontrast zum Umgang der sächsischen Behörden mit den Neonazis. Prozesse

gegen Mitglieder rechter Schlägertrupps wie »Sturm 34« werden zum Teil jahrelang verschleppt. Und trotz Beobachtung durch den Sächsischen Verfassungsschutz konnten sich die Rechtsterroristen der »NSU« mehr als zehn Jahre lang im Freistaat verstecken.

Die diesem Handeln zu Grunde liegende Verharmlosung der braunen Gefahr steht exemplarisch für eine durch die Extremismus-Theorie geleitete Politik, die mordende Rassisten und diejenigen auf eine Stufe stellt, die nicht länger wegsehen wollen. Doch die Zahl jener, die endlich handeln wollen, wenn Neonazis im Gleichschritt durch die Straßen marschieren, steigt von Jahr zu Jahr.

Auch DIE LINKE ruft erneut zu Protesten und Massenblockaden gegen den Aufmarsch am 18. Februar 2012 auf. Setzen wir gemeinsam Zeichen gegen Neonazis und ihre tödliche Ideologie, aber auch gegen das Einschränken der Bürgerrechte durch die sächsischen Behörden! Wir lassen uns nicht einschüchtern!

Aktuelle Informationen findet Ihr unter:
www.die-linke.de/dresdennazifrei

DIE LINKE.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 009 481; Fax: 030/24 009 480
partei.vorstand@die-linke.de
www.die-linke.de
V.i.S.d.P. Werner Dreibus

Der Stadtvorstand beruft die

**2. Tagung des Stadtparteitages
für Mittwoch, den 08. Februar 2012,
ab 17:00 Uhr
in den Kulturtreff Halle-Neustadt**

ein. Die gewählten Delegierten der 1. Tagung vom 05.11.2011 bleiben im Amt,
die Einladungen erfolgen schriftlich ab 18.01.2012.

Der Stadtvorstand schlägt folgende Tagesordnung vor:

1. Aufstellung der/des Bewerberin für die Wahl zum/zur Oberbürgermeister/in
der Stadt Halle (Saale) im Juni 2012
2. Vorstellung der KandidatInnen
3. Aussprache
4. Wahl der/des Kandidaten zu Oberbürgermeisterwahl.

Der Stadtvorstand schlägt als Bewerber für die Oberbürgermeisterkandidatur Swen Knöchel vor.
Weitere Bewerbungen können bis zum Abschluss der Liste auf dem Stadtparteitag eingereicht werden.

Landtagswahlen in Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein finden am 6. Mai 2012 die Landtagswahlen statt. In einem Schreiben an den Landesvorsitzenden, Matthias Höhn, hat die dortige Landessprecherin der LINKEN Schleswig-Holstein, Jannine Menger-Hamilton, um Unterstützung im Wahlkampf gebeten.

Neben den Hilfestellungen und der Unterstützung, die die Landesgeschäftsstelle geben wird, meine Frage an Euch: Seht Ihr Möglichkeiten der personellen Unterstützung durch Mitglieder aus Euren Kreis- und Stadtverbänden bzw. aus dem Jugendverband?

Hier der Zeitplan als Auszug aus dem Brief:

„Konkret geht es um Eure Unterstützung für folgende Zeiträume und Aufgaben:

6 Wochen vor der Wahl

Die Plakatierung beginnt bei uns

am 25. März. Um eine flächendeckende Präsenz zu erreichen, brauchen wir dringend Eure Unterstützung. Wie viele Genossinnen und Genossen können uns wann und wie lang dabei unterstützen?

2 Wochen vor der Wahl

Um den 22. April herum werden wir nachplakatieren und unsere Wahlkampfmaterialien an die Haushalte und an Wahlkampfständen verteilen. Dafür brauchen wir Eure Unterstützung.

1 Woche vor der Wahl

Eine Woche vor dem Stichtag werden wir unsere Wahlkampfzeitung an die Haushalte verteilen. Um möglichst flächendeckend, aber auch an strategisch wichtigen Punkten, gezielt verteilen zu können, brauchen wir Eure Verteil-Kompetenz!

48-Stunden-Wahlkampf

Am Wahlwochenende wollen wir kompakt unterwegs sein und die noch unentschiedenen Wählerinnen und Wähler für uns an die Urnen mobilisieren. Für den gelungenen Abschluss unseres gemeinsamen Wahlkampfes brauchen wir ebenfalls Eure Hilfe.“

Bitte gebt mir (möglichst zeitnah) Bescheid, ob mit einer personellen Unterstützung aus Euren Regionen zu rechnen sein könnte.

Mit freundlichen Grüßen
Peggy Krößmann
Büro für Öffentlichkeitsarbeit
Landesverband
DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
Landesgeschäftsstelle
Ebendorfer Str. 3
39108 Magdeburg
Tel.: 0391-7324850
Fax: 0391-7324848

Wer besitzt schon eine Bank?

Warum schlagen die Wellen um den Bundespräsidenten so hoch? Augenscheinlich bewegt ein privater Hauskredit über eine halbe Millionen Euro die Menschen mehr als Milliarden Steuergelder, die zur Rettung von maroden Banken ausgegeben werden. Es gibt wenige Menschen, die eine Bank besitzen, aber es gibt Millionen Menschen in unserem Land, die jeden Monat ihren Hauskredit mit hohen Zinsen abzahlen müssen. Sie haben keine Traumkonditionen für ihr Darlehen bekommen. Sie haben offensichtlich nicht das richtige Amt und nicht die richtigen zahlungskräftigen Freunde.

Ich erwähne das Beispiel, weil es gleichzeitig ein Problem der Linken beschreibt. Bei all unseren guten Analysen werfen wir häufig einen Blick von außen auf unsere Gesellschaft. Wir erklären globale Finanz- und Wirtschaftskrisen. Wir erläutern die Zusammenhänge von Kapitalquoten, Kreditausfallversicherungen, Staatsschulden, Eurobonds und Exportüberschüssen. Unsere Prognosen über den Fortgang der Krise sind häufig zutreffend. Wir haben zum Beispiel die katastrophale Entwicklung in Griechenland präzise vorausgesagt. Doch das Wissen über die Krise und genaue Prognosen führen nicht dazu, dass die Menschen in der Krise verstärkt der Linken vertrauen. Wir werden erst wieder erfolgreicher, wenn es uns besser gelingt, die großen Zusammenhänge mit den alltäglichen Erfahrungen der Menschen zu verbinden. Aber auch das ist nicht hinreichend. Auch wenn wir in der Analyse der Finanz- und Wirtschaftskrise des Kapitalismus richtig liegen, nutzt

das den Menschen wenig. Sie erwarten konkrete Alternativen.

Wir stellen in unserem Programm die Eigentumsfrage. Das ist richtig. Aber der Einzelne fragt sich doch, was kann ich dafür tun? Ein Einzelner kann nicht die Deutsche Bank verstaatlichen. Die Deutsche Bank ist für die meisten Menschen so weit weg, wie Eisbären auf den schmelzenden Eisschollen. Der Streit in unserer Partei, wie grundsätzlich die Kritik am Kapitalismus sein muss und wie sehr wir ihn durch Reformen verändern können, ist sofort beendet, wenn wir uns gemeinsam der Eigentumsfrage konkret zuwenden.

Wenn zum Beispiel die Berliner S-Bahn ein ständiges Ärgernis ist, dann liegt es daran, dass die Deutsche Bahn immer noch an die Börse will. In die S-Bahn wurde jahrelang nicht investiert, sondern aus der S-Bahn wurde immer mehr Geld herausgepresst, um den Börsengang der Bahn vorzubereiten. Ich teile die Meinung vieler Berlinerinnen und Berliner, dass die S-Bahn in den Händen der Stadt besser aufgehoben wäre als in den Händen der Deutschen Bahn. Das ist die Eigentumsfrage konkret. So wird sie in vielen Städten Deutschlands gestellt.

Viele Menschen haben erkannt, dass es für sie persönlich besser ist, wenn „Lebensmittel“- und der öffentliche Nahverkehr ist ein „Lebensmittel“- in den Händen der Allgemeinheit blieben. Das gleiche gilt natürlich auch für Wohnungen, Krankenhäuser, Stromversorger, Schulen, Theater und Universitäten. Wenn die Linke sich intensiv um die Eigentumsfrage kümmert, dann wird sie viele Verbündete

finden, mit denen sie gemeinsam diese Gesellschaft wirklich verändern kann. Doch dazu muss sich die Partei selbst ändern.

Als im Oktober des vergangenen Jahres fast 97 Prozent der Parteitage delegierten unserem Programm zustimmten, stellte niemand die Frage, ob wir als Partei überhaupt dazu in der Lage sind, dieses ambitionierte Programm umzusetzen. Es hat auch keiner gefragt, wie wir uns als Partei selbst verändern müssen, um diesem Programm gerecht zu werden. Dem müssen wir uns in diesem Jahr zuwenden.

Es ist völlig klar, dass wir das Programm als Partei nur umsetzen können, wenn wir viele Menschen von unseren Auffassungen überzeugen und sie gewinnen, gemeinsam mit uns die Gesellschaft zu verändern. Wie soll das gehen? Es ist notwendig, noch genauer die Probleme der Menschen zu verstehen und darüber nachzudenken, ob unsere Lösungsvorschläge wirklich hilfreich bei den täglichen Herausforderungen sind. Dazu brauchen wir wieder eine engere Verbindung von außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit.

Ein Problem ist nicht gelöst, wenn ein Antrag der Linken in einem Parlament gestellt und dann abgelehnt wird. Wir wurden nicht gewählt, um Regierungspolitik kritisch zu begleiten oder zu beklagen, wir wurden gewählt, um Politik so zu verändern, dass die Probleme der Menschen gelöst werden. Der Verweis, dass wir in den Parlamenten nicht die Mehrheiten haben, ist für viele Menschen nicht befriedigend. Er macht sie wütend. Sollen sie auf die Lösung ihrer

Probleme so lange warten, bis wir die Mehrheiten in den Parlamenten errungen haben?

Nein, so lange wird keiner warten wollen.

Die Frage, ob Regieren oder Opponieren besser ist, ist in unserer Partei sehr umstritten. Dieser Streit führt niemals zur Lösung eines einzigen Problems. Diese Frage lässt sich nicht abstrakt, sondern nur konkret beantworten. Ich bin überzeugt davon, dass die Überführung der S-Bahn in die Hände der Stadt, um auf dieses Beispiel zurückzukommen, sowohl in der Regierung als auch in der Opposition erreicht werden kann.

Wir werden schnell an Attraktivität gewinnen, wenn unsere Politik konkreter wird und zum Mitmachen anregt. Wenn wir unsere Politik in diesem Sinne ändern wollen, dann müssen wir uns als Partei grundlegend ändern. Es reicht nicht, nur jünger, moderner und weiblicher werden zu wollen.

Wir wollen eine progressive, emanzipatorische Partei sein, wir wollen anders als die anderen Parteien sein, verhalten uns aber häufig konservativer und patriarchalischer als die anderen. Wir fordern in unserem Programm zum Beispiel mehr Demokratie. Wir wollen Volksentscheide. Die Menschen sollen über grundsätzliche Fragen ihres Lebens selbst entscheiden. Wenn es aber darum geht, wie wir unsere Parteiführung auswählen wollen, fallen wir in alte Muster zurück, die eher an die Wahl eines Papstes erinnern.

Die französischen Sozialisten haben uns vorgemacht, wie mobilisierend die Auswahl eines Spitzen-

kandidaten sein kann. Viele Menschen schauen sehr genau hin, ob wir selbst den demokratischen Anspruch leben, den wir proklamieren. Wenn wir es nicht tun, werden wir an Glaubwürdigkeit verlieren. Unsere Mitglieder erwarten zu Recht, dass sie in Entscheidungen der Partei stärker einbezogen werden, auch wenn es um die Auswahl des neuen Parteivorstandes geht. Deshalb finde ich die Idee einer Mitgliederbefragung generell richtig und zeitgemäß. Wir brauchen dafür jedoch „wasserdicke“ Verfahren.

Einige Genossen wollen die Personaldiskussion in unserer Partei sehr schnell beenden, um dann wieder über Inhalte diskutieren zu können. Ich meine, eine Personaldiskussion ist nur dann überflüssig, wenn lediglich über Personen und nicht gleichzeitig über die Inhalte, die diese Personen vertreten, gesprochen wird. Uns muss die Verbindung von Personen und Inhalten gelingen, dann wird auch diese Debatte eine neue Qualität erhalten.

Es ist eine große Schwäche der Linken, dass es ihnen nicht genügt, das Richtige zu tun.

Sie wollen, bevor sie beginnen, die Welt zu ändern, sich gegenseitig vergewissern, dass sie gute Menschen sind.

Das führe dann dazu, so der amerikanische Soziologe Richard Sennett, dass man ohne zu handeln, völlig zerstritten auseinander gehe. Die vielen Zwickigkeiten, die es auf allen Ebenen unserer Partei gibt, könnten reduziert werden, wenn man sich schneller einigen würde, konkrete Probleme durch Han-

deln zu lösen. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit einem italienischen Partisanen. Er erzählte mir, dass es die größten inneren Probleme nicht im Kampf gegen die deutschen Faschisten gegeben habe. Die größten Konflikte habe es in den langen Kampfpausen gegeben, wenn man in schlechten Unterkünften anfang, sich um Kleinigkeiten zu streiten. Ich glaube, alle Appelle, sich nicht zu streiten, werden verhallen, wenn wir nicht endlich die Hinterzimmer verlassen.

Immer wieder spielt der Ost-West-Konflikt in unserer Partei eine Rolle. Dabei wird häufig auf die unterschiedlichen Kulturen in Ost und West verwiesen. Einige haben die Hoffnung, dass wir als Partei schon irgendwie zusammenwachsen werden. Warum eigentlich? Ich will mit keinem Menschen zusammenwachsen. Ich will, dass wir unterschiedliche Kulturen tolerieren und Kulturlosigkeiten, die immer auch Respektlosigkeit beinhalten, als solche benennen.

Wir haben als linke Partei einen internationalistischen Anspruch. Da werden wir doch wohl in der Lage sein, unterschiedliche Kulturen innerhalb der Partei auszuhalten.

Wir klären unsere Konflikte nicht, indem wir alle mal zusammen ein Bier trinken gehen. Wir werden uns nur wirklich schätzen lernen, wenn wir gemeinsam das tun, was wir uns in unserem Programm vorgenommen haben.

Wir werden nur erfolgreicher, wenn wir uns ändern! Wir müssen uns ins reale Leben stürzen und uns den Problemen der Menschen zuwenden.

Gesine Löttsch

„Es gibt kein Geheimnis“



Swen Knöchel

Swen, Du bist nun seit mehr als zwei Jahren Stadtrat. Deine ehrenamtliche Arbeit hat sich gegenüber dem Amt eines „sachkundigen Einwohners“ verändert. Wie sehen diese „Veränderungen“ konkret aus?

Als sachkundiger Einwohner habe ich mich mit einem Ausschnitt der Stadt beschäftigt, als Stadtrat bin ich zwar immer noch im Rechnungsprüfungsausschuss, aber zusätzlich eben noch im Finanzausschuss, im Ordnungs- und Umweltausschuss und im Eigenbetriebsausschuss Kindertagesstätten.

Die Fraktion hatte mich seit 2004 in den Verwaltungsrat der Beteiligungsmanagementanstalt Halle entsandt, auch dort bin ich noch Mitglied. Dazugekommen ist der Aufsichtsrat der EVH. Also ein deutliches Mehr an Aufgaben. Dazu kommt, dass man natürlich auch zu allen anderen Gebieten des Stadtrates einen Überblick haben muss, um dazu aussagefähig zu sein. Die Jahre als sachkundiger Einwohner waren, so finde ich, eine gute Vorbereitung - ich war schon damals bemüht, an den wöchentlichen

Fraktionssitzungen teilzunehmen, da dort alle wichtigen Fragen besprochen wurden und, was mir vor allem wichtig ist, wo man mit den Stadtratskollegen in Austausch tritt und von deren Sachkunde und der der sachkundigen Einwohner profitieren kann.

Ja, es ist mehr Arbeit geworden, da es mir Spaß macht und ich gern im Stadtrat bin, ist es auch leistbar.

Welche Schwerpunkte setzt Du für Deine Stadtratsarbeit, woran arbeitest Du konkret?

Mein Schwerpunkt ist die Finanzpolitik, das klingt abstrakt und ist es auch. Finanzpolitik als solche gibt es nämlich gar nicht, sondern sie ist eine „Hilfskrücke“ für alle anderen Politikfelder, denn ohne Geld funktioniert meistens nichts. Also heißt Finanzpolitik, sich die Projekte der Anderen auf finanzielle Machbarkeit anzusehen und Wege für deren Finanzierung zu suchen. Das heißt, man muss von jedem etwas wissen, doch die Tiefe eines Fachpolitikers erreicht man dabei nie. Das kann Fluch und Segen sein. Ein wenig leichter macht es mir, dass ich auch von Berufswegen aus der Finanzverwaltung komme, ich bin gelernter Finanzwirt und im September 2011 habe ich mein Studium als Diplom-Finanzwirt abgeschlossen.

Auch mein zweiter Schwerpunkt, die Beteiligungspolitik, klingt abstrakt und auch hier ist mir mein beruflicher Hintergrund, ich war 15 Jahre Betriebsprüfer, hilfreich. Dahinter stehen über 90 Unternehmen mit 6.600 Beschäftigten, an denen die Stadt Halle beteiligt ist. Dazu zählen unter anderem die

Stadtwerke mit HAVAG, EVH und Stadtwirtschaft, Wohnungsunternehmen, die Stiftungen der Stadt oder ganz neu die Bäder GmbH. Hier besteht eine ganz besondere Verantwortung für die Beschäftigten, aber auch für die Hallenserinnen und Hallenser, die Leistungen der Unternehmen beziehen.

Neu einarbeiten musste ich mich in den Bereich Ordnung und Sicherheit, also die Arbeit des Ordnungsamtes, der Märkte, Friedhöfe und der Feuerwehr. Ein weites, aber sehr interessantes Arbeitsfeld, das mir Dank der großen Unterstützung von Marion Krischok, die das lange selbst im Stadtrat bearbeitet hat, immer besser gelingt.

Wichtig ist mir auch die Mitarbeit im Eigenbetriebsausschuss Kindertagesstätten, weil ich es für wichtig halte, dass die Stadt Kindertagesstättenplätze in guter Qualität allen Eltern anbieten kann. Auch hier nützen mir meine Erfahrungen, betreue ich doch seit Jahren schon ehrenamtlich eine Kindertagesstätte bei einem freien Träger.

Verrate uns ein Geheimnis: Wie schaffst Du es, Deine Arbeit als Stadtrat, Dein Landtagsmandat und Deine Ehrenämter so erfolgreich zu koordinieren?

Ein Geheimnis gibt es dabei nicht, es macht mir einfach Spaß und man ist auch nie ein Einzelkämpfer, überall sind Genossinnen und Genossen, die einem zur Seite stehen und ohne die das Ganze auch nicht funktionieren würde. Gerade während der Zeit meines Studiums in Königs Wusterhausen habe ich das gemerkt, ein Stadtvorsitzender ohne

Stadtvorstand und die vielen aktiven Genossinnen und Genossen im Stadtverband, ein Stadtrat ohne seine Stadtratsfraktion, die sachkundigen Einwohner und die Geschäftsstelle, funktioniert nicht. Deshalb möchte ich auch die Gelegenheit nutzen, mich bei allen, die mich dabei unterstützen, herzlich zu bedanken.

Ich nehme viele Termine wahr, manchmal sehr viele; aber auch wenn es einige nicht glauben, ich bin kein verbissener Aktenleser, in einem guten Gespräch bekommt man oftmals mehr mit, als man auf tausend Aktenseiten lesen kann. Deshalb nehme ich gern viele Termine wahr.

Seit April bin ich ja nun auch Mitglied des Landtages, das kam für mich auf Listenplatz 28 überraschend, ehrlich gesagt: es war nicht eingeplant.

Nun widme ich mich im Landtag der neuen Aufgabe, als finanzpolitischer Sprecher, natürlich im Finanzausschuss.

Und jetzt: als neues Ziel, möchtest Du Oberbürgermeister von Halle werden?

Ja, ich möchte mich gern auch dieser Herausforderung stellen. Ich bin Hallenser, in Halle-Neustadt groß geworden, ich mag meine Heimatstadt und finde sie hat besseres verdient als die jetzige Ober-

bürgermeisterin. Doch auch hier gilt, ein linker Oberbürgermeister kann nur gelingen, wenn wir gemeinsam in die Wahl starten und für unser Ziel einer sozialen Kommune werben. Ich würde mich freuen, wenn mir der Stadtverband die Kandidatur anvertraut und mit mir in den Wahlkampf geht.

Das Interview führte Ute Haupt

Die Basisorganisation Halle-Neustadt Süd lädt ein:

Am 26.01.2012 wird der Hochschul- und wissenschaftspolitische Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt, Hendrik Lange, zum Thema:

„Droht die nächste Abbaurunde? - Aktuelle Entwicklungen in der Hochschulpolitik“ sprechen.

Donnerstag, 26.01.2012, 18.30 Uhr

Wahlkreisbüro Ernst Haeckel-Weg 5 in 06122 Halle (Saale)

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14-tägig
Auflage: 650 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
12.01.2012
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 26.01.2012

Halle ist mehr...

Zur Diskussion um eine Namensänderung der Stadt Halle (Saale) in Händelstadt Halle, erklärt der Stadtvorsitzende der LINKEN Halle, MdL und Stadtrat Swen Knöchel:

Zweifellos ist der Umstand, dass Halle der Geburtsort Georg-Friedrich Händels ist, ein Alleinstellungsmerkmal unserer Stadt. Verbunden mit der jahrzehntelangen Tradition der Pflege des händelschen Musikerbes, hat Halle seit einigen Jahren völlig zu Recht den Zusatz „Händelstadt“ im Stadtnamen und Logo. Eine offizielle und damit amtliche Umbenennung Halles allerdings sehe ich mit großer Skepsis. Halle ist nämlich mehr als nur die Stadt Händels - Besucherinnen und Besucher erwartet mehr als barocke Musikpflege, wenn sie zu Gast in unserer Stadt sind. Da sind zum einen die Universität, die Leopoldina, die Franckeschen Stiftungen, die Moritzburg mit ihrer Galerie von internationalem Rang und die historische Altstadt, die von Touristen sehr geschätzt wird. Eine Einengung auf Händel, wie sie mit dem Namenszusatz einer Umbenennung verbunden wäre, ist aus meiner Sicht nicht wünschenswert, denn Händel ist Türöffner für Besucher, nicht aber alles, was die Stadt bietet.

Halle ist mehr als 1200 Jahre alt, hatte eine wechselvolle Geschichte, aber immer einen Namen und der lautet Halle (Saale). Die Diskussion um den Namenszusatz empfinde ich als interessant, ist es doch nicht mehr und nicht weniger eine Diskussion um Identität und Selbstverständnis der Hallenserinnen und Hallenser, die zu führen immer lohnt.

Entscheidung des Parteivorstandes zum Mitgliedervotum

(sk) Der Parteivorsitzende Klaus Ernst schlug im Juni vor, die nächsten Parteivorsitzenden durch einen Mitgliederentscheid zu wählen. Nachdem Gesine Löttsch und Dietmar Bartsch ihre Kandidatur für die nächsten Vorstandswahlen erklärt hatten, beantragten mehrere Landes- und Kreisverbände, über die Frage des künftigen Parteivorsitzes ein Mitgliedervotum einzuholen. Der Stadtvorstand Halle beschloss auf seiner Sitzung am 21.12.2011 einstimmig, sich diesem Antrag anzuschließen, Grundlage hierfür war die Anfang Dezember durchgeführte Beratung der Basisvertreter.

Am 12.01.2012 befasste sich der Geschäftsführende Parteivorstand mit diesen Anträgen, der Sitzung vorausgegangen war eine formalrechtliche Prüfung der Anträge durch den Juristen Morlock. Der Geschäftsführende Parteivorstand stellte mit Verweis auf das Gutachten von Martin Morlok mehrheitlich - mit sechs Stimmen gegen vier Stimmen und einer Enthaltung - fest, dass der vorliegende Antrag unzulässig ist, weil er nicht mit der Satzung und der Ordnung für Mitgliederentscheide der Partei vereinbar ist. In dem vorliegenden Gutachten wurde argumentiert, dass

das Regelwerk der Partei gegenwärtig keine Rechtsgrundlage für die Durchführung einer auch nur konsultativen Heranziehung der Mitglieder für die Bestimmung der Parteivorsitzenden enthält.

Darüber hinaus hat sich der Geschäftsführende Parteivorstand mit den anwesenden Vertrauensleuten der Antragssteller/innen darauf verständigt, dass den Vorsitzenden und Sprecher/innen der Landesverbände sowie dem Parteivorstand eine Reihe von Vorschlägen zum weiteren Verfahren unterbreitet wird, die bei den anstehenden Wahlen zum Parteivorstand eine breitere Einbindung der Basis ermöglichen. Dazu zählen die Durchführung von Regionalkonferenzen und die rechtzeitige Bekanntgabe von Kandidaturen.

Der Parteivorstand wird darüber debattieren, ob er zum nächsten Parteitag Satzungsänderungen beantragen wird, um künftig Mitgliederentscheide über Personalangelegenheiten zu ermöglichen.

Matthias Höhn, Mitglied des Geschäftsführenden Parteivorstandes, führte zu dem Beschluss Folgendes aus: „Ich bedaure diese Entscheidung und teile diese Auslegung unserer Satzung nicht. Dennoch muss ich dieses mehrheitliche Votum ak-

zeptieren. Ich schließe mich der Überlegung, die gestern sowohl von Mitgliedern des Geschäftsführenden Parteivorstandes als auch von AntragstellerInnen vorgetragen wurde, an, auf dem nächsten Bundesparteitag unsere Satzung dahingehend zu präzisieren, dass zukünftig Mitgliederentscheide in Personalfragen prinzipiell und zweifelsfrei möglich werden. Ich halte diesen Vorschlag mindestens aus zweierlei Gründen für richtig. Zum einen würde damit noch einmal verdeutlicht, dass es den AntragstellerInnen nicht um ein taktisches Mittel aktueller Personalausinandersetzungen ging, sondern in der Tat um eine breitere Beteiligung der Basis an diesen wichtigen Fragen. Zum anderen stehen wir mit der gestrigen Entscheidung vor dem Problem, dass in der Öffentlichkeit nun davon ausgegangen wird, dass diese Form der direkten Beteiligung in anderen großen Parteien sehr wohl möglich ist, nicht aber in der Partei DIE LINKE.

Dabei dürfen wir es nicht belassen. Instrumente direkter Demokratie, die wir nicht zuletzt mit dem gerade beschlossenen Programm ins Zentrum unserer Politik gestellt haben, müssen auch bei uns selbst legitim und möglich sein.“



Wir trauern um unsere Genossin Gisela Weise

Als vor 21 Jahren alles anders kam und wir uns neu sortieren mussten, waren einige GenossInnen, die meisten aus Leuna und Buna, der Meinung, dass wir die betriebliche Arbeit nicht vernachlässigen dürfen. Dahinter steckte die Marx'sche Grundüberzeugung, dass die Grundlagen der Gesellschaft in der materiellen Produktion gelegt werden und auch dort Grundlagen für gesellschaftliche Veränderungen gelegt werden müssen. So entstand damals unsere Interessengemeinschaft Leuna/Buna - später die AG Betrieb und Gewerkschaften der PDS in Halle. Eine, die von Anfang an diese Grundüberzeugung teilte und bei den vielfältigen Aktionen der Gruppe (Fahrraddemos, Flugblätter, Besuche ausländischer KollegInnen organisieren etc.) immer beteiligt war, war Gisela Weise. Als wir uns nach unserem letzten Treffen am 02.12.2011 wie immer verabschiedet haben, ahnte keiner, dass es ein Abschied für immer wird. Am 13.12.2011 verstarb Gisela plötzlich und für uns alle unfassbar im Alter von 60 Jahren. Sie wird uns mit ihren lebhaften Debattenbeiträgen fehlen.

Dr. Inno Rapphel

AG Betrieb und Gewerkschaften